



DZS IV.3.1/3744
13/3744

Denkschrift

des

deutschen National-Comités zu Posen, betreffend die nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen.

Einer polnischen Deputation aus dem Großherzogthum Posen ist Seitens des Königs Majestät die nationale Reorganisation der Provinz zugesichert worden, und es steht nicht zu bezweifeln, daß dieser Zusicherung Folge gegeben werden wird. Die deutsche Bevölkerung ist sowohl ihrer Zahl nach, als durch das Uebergewicht der Bildung und geistigen Kraft, welches in ihr repräsentirt ist, berechtigt, eine völlige Gleichstellung ihrer Nationalität mit der polnischen zu verlangen; sie ist berechtigt, auf das bestimmteste Verwahrung dagegen einzulegen, daß in der Verwaltung der Provinz dem polnischen Element ein Uebergewicht beigelegt werde, welches dahin führen könnte, die deutsche Bevölkerung einer polnischen Herrschaft unterzuordnen. Eine solche ist mit deutschem Wesen und deutscher Sinnesart nicht in Einklang zu bringen. Die polnische Herrschaft würde eine Herrschaft des polnischen Adels sein, der nebst seinem Anhange, bestehend aus einem Theile der katholischen Geistlichkeit und einigen Literaten, die polnisch-nationale Bewegung fast ausschließlich repräsentirt. Diese Partei hat durch ihre außerordentliche Mührigkeit und ihren Enthusiasmus für die mit der politischen Wiederherstellung Polens von ihr als identisch angesehenen Nationalitätsfrage, das Ausland an Zustände eines auf breiten Grundlagen ruhenden nationalen Volkslebens glauben gemacht, die in Wirklichkeit hier gar nicht existiren. Der polnische Bürgerstand ist in hiesiger Provinz an Zahl und noch mehr an Intelligenz und Besitz dem deutschen gegenüber so schwach vertreten, daß derselbe fast als gar nicht vorhanden anzusehen ist, und dies tritt namentlich um so entschiedener hervor, als die jüdische Bevölkerung durch Sprache und Bildungsgang in der deutschen aufgegangen und mit ihr als ein Ganzes zu betrachten ist. Der polnische Bauernstand ist im Allgemeinen völlig indifferent gegen die nationale Bewegung, und wird nur durch häufig unlautere oder gewaltfame Mittel, ohne eigenes selbstständiges Bewußtsein, in dieselbe hineingezogen. Somit ist der polnische Adel, der seinen durch Grundbesitz und privilegirte Stellung gesicherten Einfluß auf ungebührliche Weise ausbeutet, der eigentliche Träger der nationalen Bewegung. Der polnische Adel hat aber nie Gewähr dafür gegeben, daß wahre Volksfreiheit und Civilisation, daß insbesondere Achtung vor den Rechten aller Volksklassen und Anerkennung fremder Nationalität, grundsätzlich durch ihn vertreten werde. Er hat stets das Gegentheil bewiesen, und sein Verhalten in allen Beziehungen des öffentlichen und Privatlebens bis auf den heutigen Tag giebt noch immer keine Gewähr dafür, daß die Wiederherstellung seiner Herrschaft nicht einem Siege der Unfreiheit, der Geseßlosigkeit und veralteter Standesprivilegien gleich kommen würde.

Dies sind die Gründe, weshalb die deutsche Bevölkerung der Provinz gegen jede Art von polnischer Herrschaft sich auf das entschiedenste erklären muß.

Die neuesten Ereignisse haben aber diesen Widerspruch nicht nur gerechtfertigt, sondern mit zwingender Gewalt dargethan, daß überhaupt die deutsche und polnische Bevölkerung der Provinz unter einer umfassenden, einheitlichen Leitung nicht ferner bestehen kann. Die dem Polen von dem Deutschen dargereichte Bruderhand hat jener mit Verachtung zurückgewiesen. Im Widerspruch mit den in Berlin den Deutschen kundgegebenen Sympathien, im Widerspruch mit den ersten öffentlichen Erklärungen des polnischen National-Comités zeigt der plötzliche Ausbruch von Höhnung und Haß gegen die Deutschen, daß die vorgebliche Bruderliebe auf der Voraussetzung fußt, es würden die 500,000 Deutsche des Großherzogthums ihre eigene Nichtigkeit als Deutsche anerkennen und erklären, daß sie in der polnischen Nationalität aufgegangen. Und dies muthete man uns in dem Augenblick zu, wo Deutschland selbst den Tag seiner Auferstehung feierte, wo unsere Brust von dem stolzen Gedanken schwoll, auch Glied des großen deutschen Volks zu sein. Als den Polen kund ward, daß wir bei allen Sympathien für ihre Sache doch deutsch bleiben wollten, verfolgten sie sofort den Deutschen mit entschiedener Feindseligkeit und schritten zu Thaten der Verraubung und der Gewalt gegen Personen und Eigenthum in einem Umfange, daß diesen nur da Einhalt geschah, wo den Polen die Macht dazu gebracht.

Der alte unselbige Hang zu Druck und Willkür besteht also leider noch ungeschwächt. Wie soll da ein einmüthiges Zusammenstehen beider Nationalitäten möglich sein?

In diesem Sinne sind bereits energische Protestationen von Seiten der Bevölkerung des Regdistrikts und der westlichen Grenzreise des Posener Departements erfolgt mit dem gleichzeitigen Antrage auf Kostrennung von der Provinz Posen, und zwar sind die diesfälligen Anträge in solcher Form gestellt, daß nur durch die Anwendung von Gewaltmaßregeln derselben zu begegnen wäre. An solche aber ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu denken; die deutschen Grenzreise haben sich der Unterstützung der benachbarten deutschen Provinzen versichert, und kein deutscher Soldat würde sich dazu hergeben, seine deutschen Mitbrüder unterdrücken zu helfen, wenn es überhaupt der Regierung in den Sinn kommen könnte, dies zu wollen. Damit ist von selbst die Nothwendigkeit gegeben, eine Demarkationslinie zu ziehen zwischen den unter deutscher Verwaltung zu belassenden Theilen der Provinz und dem vorherrschend polnischen Theile, der eine Reorgani-

sation im nationalen polnischen Sinne erstrebt, unverkennbar in der Absicht, um damit den Grund für die künftige Wiederherstellung eines freien Polenreichs zu legen. Von diesem politischen Gedanken ist die nationale Bewegung der Polen in keiner Weise zu trennen.

Es bleibt dem deutschen Element in der Provinz Nichts übrig, als diesem Gedanken die rechte Anerkennung widerfahren zu lassen, sei es auch auf Kosten mancher und selbst vielfacher Sonderinteressen, nimmermehr aber auf Kosten wesentlicher Gesamtinteressen der deutschen Nationalität, oder mit Hintenansetzung solcher politischen und militairischen Rücksichten, von denen die Existenz des ganzen preussischen Staats und die Sicherheit Deutschlands abhängig ist.

Dies vorausgeschickt bringen wir im Namen der gesammten deutschen Bevölkerung des Großherzogthums, von der wir mit Sicherheit erwarten, daß sie in der überwiegenden Mehrzahl sich unseren Ansichten anschließen wird, folgende Grundlagen für die nationale Reorganisation der Provinz in Vorschlag:

1) Seitens der Staatsregierung ist eine Abgrenzungslinie für den unter deutscher Verwaltung zu belassenden nördlichen und westlichen Theil der Provinz festzustellen, wobei sowohl das Uebergewicht der deutschen Nationalität in diesem Landestheile, als die dem Gesamtinteresse Preußens und Deutschlands entsprechende militairischen und politischen Rücksichten zu beachten sind.

Innerhalb der gedachten Linie muß jedenfalls die Stadt Posen fallen, und zwar sowohl aus wichtigen militairischen Gründen, als wegen des entschiedenen Uebergewichts, welches die deutsche Bevölkerung hier behauptet. Dies Uebergewicht beruht sowohl in der Kopffzahl — es leben hier 18,000 Polen mit 24,000 Deutschen — als wie darin, daß die polnische Bevölkerung der Stadt Posen vorherrschend den niedern, ungebildeten und unbemittelten Klassen, umgekehrt aber die deutsche Bevölkerung vorherrschend den wohlhabenden und gebildeten Mittelklassen angehört. Die polnische Bevölkerung der Stadt Posen trägt gewiß zu den öffentlichen Staats- und Communal-Lasten kaum die Hälfte von dem bei, was die deutsche leistet, während nichts desto weniger die Mittel der Communal-Armenpflege vorzugsweise polnischen Armen zu gute kommen.

2) Einrichtung einer polnischen Verwaltung und einer national-polnischen Militairorganisation in dem abzugrenzenden östlichen, vorherrschend polnischen Theile der Provinz, selbsttredend unter genügenden Garantien für die deutsche Nationalität, sowie für die freie Religionsübung der Evangelischen und Juden.

In der gedachten Landesstrecke, deren Hauptstadt die altpolnische Königsstadt und erzbischöfliche Residenz Gnesen sein könnte, möge die polnische Nationalität unter deutschem Schutz, so lange sie dessen noch bedarf, sich frei und ungehindert entwickeln. Auf dem übrigen Theile der Provinz aber, der durch nicht rückgängig zu machende geschichtliche Ereignisse der Herrschaft der deutschen Nationalität anheimgefallen, muß Polen für immer verzichten, und dies offen und bestimmt ausgesprochen werden.

3) Die preussische Staats-Regierung übernimmt die Vermittelung um die Uebersiedelung polnischer Gutsbesitzer aus dem unter deutscher Verwaltung bleibenden Theile der Provinz in den polnischen, und umgekehrt die Uebersiedelung deutscher Eingewessenen aus dem polnischen Theile in den deutschen, auf alle Weise zu erleichtern und zu befördern. Zu diesem Ende würden namentlich die Staatsgüter in dem polnischen Distrikt gegen Privatgüter innerhalb des deutschen Distrikts auszutauschen sein.

4) Die durch Urwahlen gewählten Volksrepräsentanten (Wahlmänner) entscheiden durch Abstimmung darüber, ob der unter deutscher Verwaltung bleibende Theil der Provinz dem deutschen Bunde beitreten soll, oder nicht. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die überwiegende Mehrheit der Wahlmänner, sobald vorerst der polnische Theil der Provinz abgegrenzt ist, sich für den Anschluß an den deutschen Bund aussprechen wird.

Dies sind unsere wohlwogenen Vorschläge, bei denen wir unbedingt zu verharren fest entschlossen sind. Wir legen sie der Allerhöchsten Regierung Seiner Majestät des Königs zur Genehmigung vor, und rufen die Völker Deutschlands auf, insbesondere aber unsere deutschen Brüder in allen preussischen Landen, uns bei der Ausführung derselben mit der ganzen Kraft ihrer Sympathien und ihres beistimmenden Willens zur Seite zu stehen.

Das deutsche National-Comité zu Posen.

Neumann. Seger. Suttinger. Barth. Kaas. Weltinger. Viebig. Dr. Sepke.
C. Mamroth. Dr. Santke. Wehr. Damrosch. Poppe. Blau.
Seidemann. L. Falk. Treppmacher. Günther. Zerpanowicz. v. Croufaz.
C. Brachvogel. Dr. Wendt.